

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Thema: **Nach Clausnitz und Bautzen: Bedauern reicht nicht, die Staatsregierung muss endlich aufwachen – Haltung zeigen, Zivilgesellschaft unterstützen, demokratischen Rechtsstaat stärken.**

Der Landtag möge beschließen:

Der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen wird aufgefordert,

vor dem Hintergrund der bereits bundesweit in heftiger Kritik stehenden jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit dem Erstbezug der Asylbewerberunterkunft in Clausnitz am 18. Februar 2016 und dem Brandanschlag am 20. Februar 2016 in Bautzen auf eine zukünftige Asylbewerberunterkunft sowie der aktuellen gesamtgesellschaftlichen und politischen Situation im Freistaat Sachsen unverzüglich gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit eine Regierungserklärung abzugeben und

dazu in Wahrnehmung seiner Richtlinienkompetenz gemäß Artikel 63 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen das längst überfällige Gesamtkonzept für den Freistaat Sachsen

1. zur zeitnahen Bewältigung der komplexen Problemlagen bei der menschenwürdigen Aufnahme, Unterbringung, Integration und künftigen Teilhabe von in Sachsen ankommenden geflüchteten Menschen,
2. zur verlässlichen Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des demokratischen, den Grundrechten und Menschenrechten verpflichteten, Rechtsstaates in Sachsen, der mit einer ausreichend personell ausgestatteten und gut ausgebildeten Verwaltung, Polizei und Justiz in der Lage ist, Flüchtlinge zu schützen und gegen fremdenfeindliche Gewalttäter und Hetze konsequent vorzugehen,

Dresden, den 25. Februar 2016

- b.w. -

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender
Fraktion DIE LINKE.

Volkmar Zschocke
Fraktionsvorsitzender
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

3. zur nachhaltigen Etablierung eines parteiübergreifenden, von der breiten Zivilgesellschaft getragenen und den sozialen Zusammenhalt zwischen den Menschen fördernden demokratischen Gemeinwesens, das den immer weiter ausufernden Erscheinungen von Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass in Sachsen begegnet,
4. zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Sachsen, die sich seit vielen Jahren vielfach aktiv gegen rechtsextreme Tendenzen und für eine vielfältige demokratische Gesellschaft eingesetzt haben und dabei in nicht unerheblichen Teilen kriminalisiert und diffamiert wurden,
5. zum Aufbau einer neuen demokratischen Kultur in Sachsen, welche Vielfalt fördert, die Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung verbessert und einen demokratischen Grundkonsens in Sachsen anstrebt

vorzulegen und die zu dessen Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen, Instrumente, Schritte und Wege sowie die geplanten Zeithorizonte ausführlich darzustellen.

Begründung:

Nach wie vor bleibt die Staatsregierung dem Land, seinen Menschen und den ankommenden Geflüchteten ein von Menschenwürde, Weltoffenheit und Toleranz, breiter zivilgesellschaftliche Beteiligung getragenes und den sozialen Zusammenhalt zwischen den Menschen aktiv förderndes Gesamtkonzept zur Aufnahme, Unterbringung, Integration und Teilhabe von in Sachsen ankommenden Geflüchteten schuldig.

Mehr noch: Angesichts der erneuten und jüngsten Ereignisse in Clausnitz und Bautzen wird deutlich, dass die Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaates in Sachsen im Umgang mit den Problemlagen um die Unterbringung von Geflüchteten und die inzwischen erforderliche Sicherung von Asylunterkünften gegen An- und Übergriffe durch Mitglieder der demokratischen Gesellschaft bereits ebenso in krisenhafter Weise in Frage gestellt wird, wie das Vertrauen der in Sachsen lebenden Menschen in dessen Funktionieren.

Mehr denn je braucht es daher einer unverzüglichen und deutlichen öffentlichen Erklärung des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, mit der die aktuellen Vorfälle um den Erstbezug der Asylbewerberunterkunft in Clausnitz und den Brandanschlag auf die fertig gestellte Asylbewerberunterkunft in Bautzen offensiv verurteilt werden und mit der der Ministerpräsident in Wahrnehmung seiner ihm kraft Verfassung obliegenden Richtlinienkompetenz den in Sachsen lebenden Menschen das tragende und belastbare Konzept seiner Staatsregierung zur Bewältigung der komplexen Problemlagen bei der menschenwürdigen Aufnahme, Unterbringung, Integration und künftigen Teilhabe von in Sachsen ankommenden geflüchteten Menschen und zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaates im Freistaat Sachsen sowie die Umsetzungsschritte und die dazu vorgesehenen Zeithorizonte umfassend darstellt.